Carl Göllner, Die siebenbürgische Militärgrenze. Ein Beitrag zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1762—1851.

R. Oldenbourg Verlag, München 1974, 264 S. (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 28).

Zur allgemeinen Geschichte der siebenbürgischen Militärgrenze gibt es u. a. auch neuere gründliche Untersuchungen. Daher wendet sich der Vf. der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte dieser Verwaltungseinheit zu. Sein Interesse gilt dem Leben der Grenzer mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Konflikten. Um die Umstände zu verdeutlichen, die zur Einführung der Grenzorganisation führten, bemüht sich der Vf., der zu den namhaften siebenbürgischen Landeshistorikern gehört, Land und Landesverwaltung eingehend zu beschreiben und die innenpolitischen Kräfteverhältnisse darzustellen. Neben den drei landständischen Nationen, die im Landtag von Siebenbürgen vertreten waren, wird auf die Mehrheit der Siebenbürger, die Walachen, hingewiesen, die keine Vertretung unter den Ständen hatten. Die Einrichtung der siebenbürgischen Militärgrenze erfolgte aufgrund einer kaiserlichen Resolution vom 13. Oktober 1761. Diese Resolution hatte zwar nicht die Zustimmung der Landstände gefunden, aber dennoch haben einflußreiche ungarische Adelige wie G. Bethlen und A. Nemes die Monarchin in ihrem Entschluß bestärkt.

Der zweite Abschnitt des Buches befaßt sich dann mit dem eigentlichen Thema der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Grenzer im 18. Jahrhundert. Gerade die sozialen Verhältnisse in Siebenbürgen waren sehr beklagenswert. Durch die Gründung der Militärgrenze sollten Reformen leichter durchsetzbar sein. Doch auch die Reformvorschläge der neuen lokalen Behörden konnten nicht durchgesetzt werden. Im wirtschaftlichen Bereich widmet sich der Vf. Ackerbau und Viehzucht als dem wichtigsten Zweig. Durch die ungleiche Verteilung des Bodens war die Masse der bäuerlichen Bevölkerung mit zu wenig Land ausgestattet. Die neue Verwaltung in den Militärgrenzdistrikten versuchte eine weitere Zerstückelung des Bodens durch Erbteilung zu verhindern.

Ein Großteil der walachischen Bevölkerung in der Militärgrenze beschäftigte sich mit Viehzucht. Sie waren die Nachkommen der walachischen Wanderhirten. Bei ihrer Sesshaftwerdung hatten sie Schwierigkeiten, geeignete Weideplätze zu erhalten, wenn sie nicht ungarischen Adelige hörig werden wollten. Auch nach der Gründung der Militärgrenze waren ungarische Adelige nicht bereit, für die Viehzüchter geeignete Weideplätze zu verpachten.

Als Wehrbauern beschäftigten sich die Grenzer mit Wachdienst an der Grenze. Dafür mußten sie entlohnt werden. Eine Ausstattung der Grenzbevölkerung mit genügend Land scheiterte an den sozialwirtschaftlichen Gegebenheiten in Siebenbürgen.

Die plötzliche und überstürzte Errichtung der Militärgrenze führte beim Fiskus zu großen Mindereinnahmen. Bereits im Jahre 1763 wurde daher das Steuersystem nach merkantilistischen Methoden umgestaltet. Hauptsteuer wurde die Kopftaxe, welche die Grenzer, da die Abgabe für sie zu hoch angesetzt wurde, nicht bezahlen konnten. Das führte dazu, daß bei den Grenzern kein

gleichmäßiges Steuermaß angesetzt werden konnte. Die Grenzer wurden teilweise härter besteuert als diejenigen, die ihre Steuern an die Provinzbehörden zahlen mußten. Diese schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse führten zu Umsiedlungen meist leibeigener Bauern an die Grenze. Es war beinahe unmöglich, von den Gutsbesitzern die Entlassung der Bauern aus der Hörigkeit zu erreichen. Ebenso schwierig war es, die neu geschaffene Justizverwaltung gegenüber den Provinzialgerichten durchzusetzen.

Ein wichtiges Kapitel bildeten die religiösen Verhältnisse in der Militärgrenze. Der Vf. kommt aufgrund seiner Archivistudien in Siebenbürgen zu der Feststellung, daß die Anweisungen der Wiener Behörden in Fragen der Akatholiken nicht beachtet wurden. Begünstigt wurden ohne Zweifel unter den Rumänen die Angehörigen der unierten Kirche gegenüber den Orthodoxen. Dadurch erscheint die vielgerühmte josephinische Toleranz längst nicht mehr in dem positiven Licht, in welchem sie von den Historikern dargestellt wurde, die nur die Wiener Zentralarchive benutzten.

Die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse führten zur Massenflucht der Grenzer in die Moldau und Walachei, in den Machtbereich der Hohen Pforte, wo sie von den Hospodaren freundlich aufgenommen wurden.

Der dritte Abschnitt der Darstellung geht auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse an der Grenze in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein. Zunächst war es der hohe Blutzoll, den die Napoleonischen Kriege forderten und der die Entwicklung in der Grenze beeinträchtigte. Auch der wirtschaftliche Aufschwung in der Landwirtschaft wirkte sich in der Grenze negativ aus, da die Grenzer diese Produkte teurer kaufen mußten. Die Darstellung schließt mit der Auflösung der Militärgrenze in Siebenbürgen im Zuge der Revolution von 1848 und zwar im Jahre 1851. Für Göllner sind es die sozialen Spannungen, aber auch die nationalen Gegensätze, welche die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 in der Militärgrenze auslösten.

Der Wert dieser wichtigen Darstellung wird noch erhöht durch einen reichen Dokumentenanhang (S. 126—256): Es sind bedeutende Schriftstücke aus den siebenbürgischen Landesarchiven, die für die meisten Historiker schwierig zu erreichen sind. Daneben hat der Vf. auch die großen Zentralarchive in Wien und Budapest benutzt, so daß seine Darstellung ausgewogen ist, und damit einen wichtigen Baustein für die Geschichtsschreibung des 18. Jahrhunderts darstellt.